

# Sélection d'article sur la politique suisse

Dossier

**Dossier: Part de femmes dans l'administration et la justice**

# Imprimer

## Éditeur

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Contributions de

Benteli, Marianne  
Bühlmann, Marc  
Guignard, Sophie  
Hirter, Hans  
Mosimann, Andrea  
Porcellana, Diane

## Citations préféré

Benteli, Marianne; Bühlmann, Marc; Guignard, Sophie; Hirter, Hans; Mosimann, Andrea; Porcellana, Diane 2025. *Sélection d'article sur la politique suisse: Dossier: Part de femmes dans l'administration et la justice, 1989 - 2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), téléchargé le 05.05.2025.

## Sommaire

Frauenanteil in den Expertenkommissionen (Po. 89.458)	1
Volksinitiativen für Quotenregelungen "Männer und Frauen" und "Nationalrat 2000"	1
Volksinitiative der PdA für eine bessere Vertretung der Frauen in den Behörden (1990-1991)	2
Verschiedene Vorstösse für Frauenquoten in den eidgenössischen Gremien (Pa.lv. 90.241; 3 Pa.lv. 90.242; Pa.lv. 91.400)	3
Initiative "für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März; Quoteninitiative; BRG 97.031)	4
Gesetzliche Neuordnung der Expertenkommissionen (BRG 07.071)	6
Sensibilisierung der Frauen für politische Fragen	7
Bericht zur Umsetzung der Bundespersonalpolitik (2009 und 2010)	7
Angemessene Vertretung von Frauen an den eidgenössischen Gerichten (13.482)	8
Geschlechterquote von 40% in der Bundesverwaltung (Po.12.3801)	8
Adhésion du DDPS au Business and Professional Women Suisse	9

## Abréviations

<b>SPK-SR</b>	Staatspolitische Kommission des Ständerats
<b>VBS</b>	Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
<b>EBG</b>	Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann
<b>SPK-NR</b>	Staatspolitische Kommission des Nationalrats
<b>EKF</b>	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
<b>EDA</b>	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
<b>RVOG</b>	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz
<b>BK</b>	Bundeskanzlei

---

<b>CIP-CE</b>	Commission des institutions politiques du Conseil des États
<b>DDPS</b>	Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports
<b>BFEG</b>	Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes
<b>CIP-CN</b>	Commission des institutions politiques du Conseil national
<b>CFQF</b>	Commission fédérale pour les questions féminines
<b>DFAE</b>	Département fédéral des affaires étrangères
<b>LOGA</b>	Loi sur l'organisation du gouvernement et de l'administration
<b>ChF</b>	Chancellerie fédérale

# Frauenanteil in den Expertenkommissionen (Po. 89.458)

## Conseil fédéral

POSTULAT  
DATE: 06.10.1989  
HANS HIRTER

Neunzehn Nationalrätinnen aus verschiedenen Parteien nutzten die Fragestunde vom 12. Juni zu einer konzertierten Aktion gegen die **Untervertretung der Frauen in den Expertenkommissionen** des Bundes. Bundespräsident Delamuraz sicherte zu, dass die Landesregierung in Zukunft der Steigerung des zur Zeit 4 Prozent betragenden Frauenanteils in den rund 370 ausserparlamentarischen Kommissionen vermehrt Beachtung schenken werde. Mit der Überweisung eines **Postulats Hubacher** (sp, BS) verlangte der Nationalrat daraufhin die Ausarbeitung von Szenarien, welche Massnahmen beschreiben, mit denen der Frauenanteil auf 25 Prozent bis zum Jahr 1991 und auf 50 Prozent bis zum Jahr 1995 erhöht werden kann.<sup>1</sup>

POSTULAT  
DATE: 06.10.1989  
MARIANNE BENTELI

Die Antwort auf eine einfache Anfrage Hubacher (sp, BS; A 88.1052) zur Zusammensetzung der vom Bundesrat oder den Departementschefs eingesetzten Expertenkommissionen **bestätigte einmal mehr die krasse Untervertretung der Frauen in diesen wichtigen Gremien**: Von den 370 ständigen ausserparlamentarischen Kommissionen wurden nur gerade 15 (dies entspricht 4%) von Frauen präsidiert, bei den Mitgliedern betrug der Frauenanteil acht Prozent. Diese Auskunft des Bundesrates bewog Hubacher, ein in der Herbstsession überwiesenes Postulat (Po. 89.458) einzureichen, welches den Bundesrat ersucht, ein **Szenario vorzulegen, wie in diesen Kommissionen der Frauenanteil bis zum Jubiläumsjahr auf mindestens 25 Prozent und bis 1995 auf 50 Prozent erhöht werden könne**.<sup>2</sup>

# Volksinitiativen für Quotenregelungen "Männer und Frauen" und "Nationalrat 2000"

## Femmes et politique de parité

DÉBAT PUBLIC  
DATE: 18.07.1990  
MARIANNE BENTELI

**In der Frage, welche Strategien entwickelt werden müssen, um den Frauenanteil in den politischen Gremien zu erhöhen, nimmt die Diskussion um eine Quotenregelung einen immer breiteren Platz ein.** Für die einen ist sie die einzig erfolgversprechende Form einer konsequenten Frauenförderung, für die anderen eine krasse Missachtung der demokratischen Spielregeln, wobei die Gegner vielfach übersehen, dass Quoten in der Schweiz gerade im politischen Bereich Tradition haben. Am bekanntesten dürften dabei gewisse regionale Minderheitenquoten sein wie etwa die Bestimmung, dass dem Berner Jura ein Sitz in der kantonalen Exekutive garantiert ist. **Zwei Varianten der Quotenregelung scheinen sich anzubieten: Die eine setzt bei den Parteien an, die andere bei den Gremien.**<sup>3</sup>

DÉBAT PUBLIC  
DATE: 19.07.1990  
MARIANNE BENTELI

**Die erste Variante der Quotenregelung gemässigte setzt bei den Parteien an, die ermuntert werden, den Frauen auf den Wahllisten mehr Platz einzuräumen.** Diesen Weg über das freiwillige Engagement möchte vorerst die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) gehen, die in einem umfangreichen Bericht («Nehmen Sie Platz, Madame») zum Schluss kam, der Hauptgrund für die Untervertretung der Frauen liege im Auswahlverfahren der Parteien. Als weiteren Grund nannte sie das Verhalten der Wählerinnen und Wähler und erst an dritter Stelle die Schwierigkeit, geeignete Kandidatinnen zu finden. Die Kommission appellierte deshalb an die Parteien, Frauen vermehrt in guter Position auf die Wahllisten zu setzen. Sollte der Frauenanteil bei den Wahlen von 1991 nicht auf mindestens 30 Prozent ansteigen, will sie eine strengere Form der Quotierung ins Auge fassen. Das Gleichstellungsbüro des Kantons Jura rief ebenfalls die Parteien auf, freiwillig eine Quotierung vorzunehmen.<sup>4</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 21.08.1990  
MARIANNE BENTELI

**Die zweite, radikalere Form der Quotenregelung sieht eine Quotierung der Gremien vor. Hier setzen zwei im Nationalrat in der Form der allgemeinen Anregung eingereichte parlamentarische Initiativen ein:** Diejenige der SP-Fraktion (Pa.Iv. 90.242), die erreichen möchte, dass bis zum Jahr 2003 kein Geschlecht mehr mit weniger als 40 Prozent im Nationalrat vertreten sein darf, und jene der SP-Abgeordneten Susanne Leutenegger Oberholzer (sp, BL), die bis zum Jahr 2001 ebenfalls eine Mindestquote von 40 Prozent Frauen in allen wichtigen eidgenössischen Gremien (Parlament, Bundesrat, Bundesgericht) anstrebt. **In dieselbe Richtung weisen auch zwei Volksinitiativen.** Die PdA lancierte im Sommer unter dem Titel «Männer und Frauen» ein ausformuliertes Volksbegehren mit dem Inhalt, dass nach einer Übergangsfrist von zehn Jahren in allen politischen Behörden mit fünf Mitgliedern oder mehr mindestens 40 Prozent Frauen vertreten sein müssen. Im Herbst wurde bekannt, dass sich verschiedene frauenpolitische Gruppierungen zusammenschlossen, um unter dem Titel «Nationalrat 2000» eine Initiative zu lancieren, die eine hälftige Vertretung der Geschlechter in der Grossen Kammer anvisiert.<sup>5</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 22.11.1991  
MARIANNE BENTELI

**Bestrebungen zu einer gesetzlichen Verankerung des Frauenanteils in politischen Gremien mittels Quotenregelungen scheinen vorderhand wenig Chancen zu haben.** Bereits im Januar des Berichtsjahres hatten verschiedene Frauenorganisationen die Volksinitiative «Nationalrat 2000» lanciert, welche eine hälftige Vertretung der Geschlechter in der grossen Kammer und die getrennte Wahl von Frauen und Männern auf separaten Listen jeder Partei anstrebte. Ende Jahr wurde das Vorhaben jedoch bereits wieder aufgegeben. Als Gründe für das Nichtzustandekommen der Initiative wurden Schwierigkeiten bei der Unterschriftensammlung, der Mittelbeschaffung und beim Aufbau regionaler Komitees und Gruppen genannt. Recht sang- und klanglos wurde Ende Jahr auch die Unterschriftensammlung für die beiden PdA-Initiativen «Männer- und Frauen» und «Gleiche Rechte in der Sozialversicherung» abgebrochen.<sup>6</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 16.07.1992  
MARIANNE BENTELI

Die beiden von Frauenorganisationen bzw. der PdA lancierten **Volksinitiativen «Nationalrat 2000» und «Frauen und Männer», welche ebenfalls Quoten für politische Gremien verlangten, kamen nicht zustande.** Die für «Nationalrat 2000» gesammelten rund 30'000 Unterschriften wurden der Bundeskanzlei (BK) in Form einer Petition eingereicht.<sup>7</sup>

## Volksinitiative der PdA für eine bessere Vertretung der Frauen in den Behörden (1990–1991)

### Institutions et droits populaires

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 16.08.1990  
HANS HIRTER

Am 4. September begann die Unterschriftensammlung für eine **Volksinitiative** der **PdA**, welche verlangt, dass bei allen Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden der Anteil der Angehörigen des gleichen Geschlechts nicht mehr als 60% ausmachen darf. Der Initiativtext lässt offen, mit welchem Wahlverfahren dieses Ziel erreicht werden soll. Er hält als Übergangsbestimmung lediglich fest, dass dieser Verfassungsartikel auf den 8. März 2000 in Kraft treten wird, und dass in sachlich begründeten Fällen während zehn Jahren ein Abweichen von dieser Norm erlaubt sein soll.<sup>8</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 10.09.1991  
HANS HIRTER

Die beiden im Vorjahr lancierten **Volksinitiativen für eine bessere Vertretung der Frauen in den Behörden sind nicht zustande gekommen.** Die Unterschriftensammlung für die von Frauenverbänden lancierte Initiative "Nationalrat 2000" musste im November eingestellt werden, nachdem lediglich rund 25 000 Personen unterzeichnet hatten. Dieser Misserfolg war eingeständenermassen zu einem guten Teil auf die ungenügende Organisation und den mangelnden Einsatz der Initiantinnen zurückzuführen. Obwohl die Unterschriftensammlung für die PdA-Initiative für eine 40%-Quote in allen Behörden ähnlich hartnäckig vorstatten ging, wurde ihr Scheitern erst vor Ablauf der Sammelfrist bekanntgegeben.<sup>9</sup>

# Verschiedene Vorstösse für Frauenquoten in den eidgenössischen Gremien (Pa.lv. 90.241; Pa.lv. 90.242; Pa.lv. 91.400)

## Femmes et politique de parité

INITIATIVE PARLEMENTAIRE  
DATE: 09.12.1991  
MARIANNE BENTELI

**Auch das männerdominierte Parlament tut sich mit der Frage einer Quotenregelung schwer.** Da ihrer Ansicht nach Quotenregeln nicht das geeignete Instrument zur Förderung der Gleichstellung der Frauen sind, empfahl die vorbereitende Kommission des Nationalrates (SPK-NR) zwei parlamentarische Initiativen der Grünen Susanne Leutenegger Oberholzer (BL; Pa. lv. 90.241) und der SP-Fraktion (Pa. lv. 90.242), welche Quoten für Parlament, Bundesbehörden und Expertengremien verlangt hatten, zur Ablehnung. Mit zwei Postulaten regte die Kommission aber einen Bericht zur Quotenregelung und eine bessere Vertretung der Frauen in ausserparlamentarischen Kommissionen an. Ebenfalls nichts wissen wollte eine andere Kommission, welcher die parlamentarische Initiative der Grünen Fraktion auf Abschaffung des Ständerates zur Vorberatung zugeteilt worden war, von der parlamentarischen Initiative ihrer Kommissionsminderheit (Pa. lv. 91.400), welche Quoten im Ständerat anstrebte. Die Kommission argumentierte, eine derartige Quotenregelung würde nicht nur das aktive und passive Wahlrecht, sondern auch die Souveränität der Kantone gravierend einschränken.<sup>10</sup>

INITIATIVE PARLEMENTAIRE  
DATE: 30.01.1992  
HANS HIRTER

In der Januarsession befasste sich der Nationalrat mit drei 1990 eingereichten **parlamentarischen Initiativen zur Verbesserung der Vertretung der Frauen in den Behörden.** Die erste (Pa. lv. 91.400) verlangte, dass sich die Ständeratsabordnungen der Vollkantone aus je einem Mann und einer Frau zusammensetzen müssen. Der Rat lehnte diesen Vorstoss mit 77 zu 39 Stimmen ab; er begründete seinen Entscheid vor allem mit dem Argument, dass Quotenregelungen bei Volkswahlen undemokratisch seien.

Eine zweite, von Nationalrätin Leutenegger (gp, BL) eingereichte parlamentarische Initiative (Pa. lv. 90.241) forderte, dass in beiden Parlamentskammern, im Bundesrat, im Bundesgericht und in den ausserparlamentarischen Kommissionen **kein Geschlecht mit einem Anteil von weniger als 40%** vertreten sein soll; gleiches, allerdings auf den Nationalrat beschränkt, forderte auch eine parlamentarische Initiative der SP-Fraktion (Pa. lv. 90.242).

Die vorbereitende Kommission beantragte zwar Ablehnung dieser Vorschläge, wollte aber mit zwei Postulaten den Initiantinnen entgegenkommen. Mit dem einen wollte sie den Bundesrat auffordern, für Expertenkommissionen analog zu den Bestimmungen über die Berücksichtigung der sprachlichen Minderheiten eine Regelung zugunsten der Frauen zu schaffen. Mit dem anderen wurde von der Regierung eine generelle Abklärung der Realisierbarkeit und der Auswirkungen von geschlechtsspezifischen Quotenregelungen für die eidgenössischen Behörden erbeten. Wie gross der Argwohn der Ratsmehrheit gegen jede Art von Frauenquoten ist, zeigte sich bei den Abstimmungen im Plenum: Nachdem sich der Nationalrat gegen die beiden parlamentarischen Initiativen ausgesprochen hatte, lehnte er auf Antrag von Moser (ap, AG) und Steffen (sd, ZH) ohne Diskussion auch die beiden Kommissionspostulate (Po. 91.3036 und Po. 91.3037) ab.<sup>11</sup>

INITIATIVE PARLEMENTAIRE  
DATE: 30.01.1992  
MARIANNE BENTELI

**In der Januarsession lehnte der Nationalrat mit deutlichem Mehr drei parlamentarische Initiativen ab, welche eine angemessenere Vertretung der Frauen in den eidgenössischen Gremien anstrebten,** nämlich die Initiative einer Kommissionsminderheit für Männerquoten im Ständerat (Pa. lv. 91.400), jene von Susanne Leutenegger Oberholzer (gb, BL; Pa. lv. 90.241) für Frauenquoten bei den Bundesbehörden sowie jene der SP-Fraktion für mehr Frauen im Parlament (Pa. lv. 90.242). Auf Antrag der Nationalräte Hans Steffen (sd/ds, ZH) und René Moser (ap, AG) wurden ebenfalls zwei Postulate der vorbereitenden Kommission (SPK-NR) zurückgewiesen, welche den Bundesrat beauftragen wollten, Frauenquoten bzw. geschlechtsspezifische Quotenregeln für Bundesbehörden zu prüfen.<sup>12</sup>

# Initiative "für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März; Quoteninitiative; BRG 97.031)

## Institutions et droits populaires

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 11.09.1993  
HANS HIRTER

Die Forderung nach einer Geschlechterquote für politische Institutionen erhielt nach der Nichtwahl von Christiane Brunner in den Bundesrat neuen Auftrieb. Namentlich von grünen Parlamentarierinnen wurden die Vorarbeiten für die Lancierung eines neuen Volksbegehrens vorangetrieben. Im September begann die Unterschriftensammlung für die Initiative "Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)". Sie verlangt generell eine "angemessene" Vertretung der Frauen in den Institutionen und Verwaltungen auf Bundesebene. Im einzelnen wird festgehalten, dass der Bundesrat mindestens drei Frauen zählen muss, dass bei den Nationalratswahlen in keinem Wahlkreis (d.h. Kanton) die Differenz zwischen der Zahl der männlichen und der weiblichen Abgeordneten mehr als eins betragen darf, und dass die Vollkantone je eine Frau und einen Mann in den Ständerat zu delegieren haben. Im Gegensatz zur ersten, nicht zustande gekommenen Initiative "Nationalrat 2000" wird die konkrete Ausgestaltung der Wahlprozeduren dem Gesetzgeber überlassen. (Zu den parlamentarischen Vorstössen aus dem Vorjahr siehe hier.)<sup>13</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 11.05.1995  
MARIANNE BENTELI

Die Volksinitiative «für eine angemessene Vertretung der Frauen in allen eidgenössischen Behörden (Initiative 3. März)» kam mit 109'713 beglaubigten Unterschriften knapp zustande. Das Volksbegehren verlangt eine proportionale Vertretung der Frauen in allen Bundesbehörden und in der allgemeinen Bundesverwaltung, im Parlament, im Bundesgericht, in den Regiebetrieben des Bundes sowie an den eidgenössischen Hochschulen. Sie geht auf den 3. März 1993 zurück, als das Parlament anstelle der offiziellen SP-Kandidatin, der Genfer Nationalrätin Christiane Brunner, den Neuenburger SP-Nationalrat Francis Matthey in den Bundesrat wählen wollte.<sup>14</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 11.05.1995  
HANS HIRTER

Die 1993 im Anschluss an die Nichtwahl von Christiane Brunner zur Bundesrätin lancierte Volksinitiative „Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)“ konnte im Frühjahr eingereicht werden, nachdem die knapp 110'000 Unterschriften nicht ganz ohne Mühe zustande gekommen waren.<sup>15</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 20.06.1997  
HANS HIRTER

Im März legte der Bundesrat seine Botschaft zur 1995 eingereichten Volksinitiative „für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden“ vor. Er empfahl eine Ablehnung dieses Begehrens ohne Gegenvorschlag. Als Hauptargument führte er an, dass mit Quotenvorschriften die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger übermässig eingeschränkt würde. Daneben rief er auch in Erinnerung, dass weltweit für keine demokratisch vom Volk gewählte Behörde ein gesetzlicher Geschlechterquotenanspruch besteht. In seiner Antwort auf eine Interpellation Langenberger (fdp, VD) (97.3105) gab der Bundesrat bekannt, dass sich der Anteil der Frauen in Expertenkommissionen des Bundes von 8 Prozent (1989-92) auf 28 Prozent gesteigert hat.<sup>16</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 23.08.1997  
MARIANNE BENTELI

Der Bundesrat beantragte dem Parlament, die Volksinitiative «für eine gerechte Verteilung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)» abzulehnen sowie auf einen Gegenvorschlag zu verzichten. Er befand, die Initiative sei zu rigide, unverhältnismässig und ein allzu offensichtlicher Verstoss gegen die Wahlfreiheit. Die Situation der Frauen in den Behörden der Schweiz sei nicht so unbefriedigend, dass dermassen starre und absolute Quoten notwendig wären. Mit seiner Einschätzung stellte er sich gegen das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG). Dieses beurteilte die Initiative als einen wichtigen Vorschlag. Quoten seien ein Mittel, um die Gleichstellung der Frauen innert nützlicher Frist zu realisieren. Im Hinblick auf die anstehende parlamentarische Beratung der Initiative liessen die Initiantinnen Modelle für deren praktische Umsetzung ausarbeiten.<sup>17</sup>

**INITIATIVE PARLEMENTAIRE**  
DATE: 09.09.1998  
HANS HIRTER

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats fasste ihre Beschlüsse zur sogenannten **Quoteninitiative**, welche eine zahlenmässig ausgeglichene Vertretung der Geschlechter im Parlament, im Bundesrat und im Bundesgericht fordert. Die Initiative selbst lehnte sie mit den gleichen Argumenten wie der Bundesrat ab: die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger bei der Bestellung des Parlaments würde damit unzulässig eingeschränkt. Aus der Überzeugung, dass eine rasche Verbesserung des Frauenanteils im Nationalrat (1995: 21,5%) wünschbar ist und es dazu staatlicher Massnahmen bedarf, beschloss jedoch die SPK, der Initiative wenigstens einen **indirekten Gegenvorschlag** gegenüberzustellen. Dieser sieht vor, dass bei den nächsten drei Nationalratswahlen **auf den gemischtgeschlechtlichen Listen die Frauen mindestens einen Drittel aller Kandidaturen** ausmachen sollen. Reine Männerlisten wären nur zugelassen, wenn sie mit einer Frauenliste gleicher Bezeichnung verbunden sind. Dieser Eingriff ins Vereinsrecht ist nach Ansicht der Kommission zur Verwirklichung des Gleichstellungsgebots der Verfassung in Kauf zu nehmen. In einer Vernehmlassung hatten sich die FDP, die CVP, die SP und die GP – die beiden letzteren allerdings nur als Minimallösung – für diesen Vorschlag ausgesprochen; SVP, LP, SD und EDU lehnten ihn ab. Auswirkungen dieser neuen Regel verspricht sich die SPK bei denjenigen Parteien (v.a. SVP, FPS und SD) resp. Kantonen, wo es die Frauen bisher schwer hatten, nominiert zu werden (gesamtschweizerisch hatte der Frauenanteil an den Kandidierenden bereits 1995 34,9% betragen). Die Kommission beantragte dem Plenum zusätzlich, die Beratung der Volksinitiative zu verschieben und die Behandlungsfrist um ein Jahr bis auf März 2000 zu verlängern. Dieser Aufschub würde es erlauben, die Initiative in Kenntnis der Resultate der vorgeschlagenen Listenquoten zu beurteilen.

Der **Bundesrat** äusserte sich skeptisch zu diesem Gegenvorschlag, der ohne Einbettung in andere, von den Parteien zu ergreifende Massnahmen wenig bringen werde. Er wies zudem das Parlament darauf hin, dass ein allfälliger Beschluss bis spätestens am 20. März 1999 definitiv verabschiedet sein müsste, um bereits bei den Nationalratswahlen 1999 zur Anwendung zu gelangen.<sup>18</sup>

**INITIATIVE POPULAIRE**  
DATE: 02.12.1998  
HANS HIRTER

Der **Nationalrat** stimmte gegen den Widerstand der SVP, der LdU/EVP, der FP und einer Mehrheit der FDP-Fraktion mit 87 zu 57 Stimmen **für den Kommissionsvorschlag der Listenquoten und auch für eine Fristverlängerung für die Volksinitiative**. In der Detailberatung zur Listenquotenregelung war ein Antrag Roth (sp, GE), die Quote von 33% auf 50% zu erhöhen, mit 66:59 Stimmen abgelehnt worden. Im **Ständerat** stiess das Vorgehen des Nationalrats auf **Widerstand**. Auf Empfehlung seiner SPK beschloss der Rat, auf die parlamentarische Initiative der grossen Kammer erst dann einzutreten, wenn diese als Erstrat auch zur Volksinitiative Stellung bezogen hat. Das Hauptargument für den Antrag der SPK bestand darin, dass die Bundeskanzlei zu bedenken gegeben hatte, dass es angesichts der Referendumsdrohung aus terminlichen Gründen nicht möglich sein werde, die Listenquote bereits für die Nationalratswahlen vom Herbst 1999 vorzuschreiben. Die Verlängerung der Behandlungsfrist für das Volksbegehren um ein Jahr wurde gutgeheissen.<sup>19</sup>

**INITIATIVE POPULAIRE**  
DATE: 27.09.1999  
HANS HIRTER

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hielt an ihrem im Vorjahr vom Plenum gutgeheissenen Vorhaben fest, der Volksinitiative „für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden“ (**Quoteninitiative**) einen indirekten Gegenvorschlag (99.403) entgegen zu setzen. Dieser sah einen obligatorischen Frauenanteil von mindestens 30% auf gemischtgeschlechtlichen Listen für die Nationalratswahl vor. Da sich im Vorjahr der Ständerat geweigert hatte, darauf einzutreten bevor der Nationalrat zur Initiative selbst Stellung genommen hat, legte die Kommission ihr Projekt nun nochmals vor. Allerdings musste sie aus terminlichen Gründen ihr Projekt insofern abändern, als es nur noch für die Wahlen 2003 und 2007 Gültigkeit haben soll, nicht aber für die Wahlen vom Herbst 1999.

Im **Nationalrat** sprachen sich die **SP und die Grünen** sowohl **für die Volksinitiative** als auch für die parlamentarische Initiative (Gegenvorschlag) aus. Die CVP und die EVP/LdU-Fraktion unterstützten immerhin noch die parlamentarische Initiative (Listenquoten), während alle anderen Fraktionen beide Vorschläge ablehnten (allerdings empfahl auch die Freisinnige Vallender (AR) im Namen einer Minderheit ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Listenquoten). In der Gesamtabstimmung lehnte der Rat die Initiative mit 98:56 Stimmen ab, äusserst knapp sprach er sich anschliessend auch gegen die parlamentarische Initiative aus (76:75). Der **Ständerat lehnte die Volksinitiative mit 34:5 Stimmen ab**. Die immer noch pendente ursprüngliche

parlamentarische Initiative des Nationalrats vom Herbst 1998 für Listenquoten (98.429) lehnte er mit 25:11 Stimmen ab, worauf auch der Nationalrat dieses Geschäft aus der Traktandenliste strich.<sup>20</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 12.03.2000  
HANS HIRTER

Am 12. März entschieden Volk und Stände über die Volksinitiative „für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden“, die sogenannte **Quoteninitiative**. Von den Parteien empfahlen lediglich die SP, die Grünen, die PdA und die CSP ein Ja. Bei den bürgerlichen Parteien sprach sich auch keine nationale Frauensektion für das Ja aus; diejenige der CVP gab immerhin die Stimme frei. Stimmfreigabe beschloss auch der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen. Nach einer kaum existenten Kampagne wurde die Initiative mit einem Nein-Stimmenanteil von 82% deutlich verworfen. Das beste Ergebnis erzielte sie mit 31% resp. 26% Ja-Stimmen in den Stadtkantonen Genf und Basel; in Appenzell Innerrhoden kam sie auf ganze 7%, und auch in der Mehrheit der anderen Deutschschweizer Kantone blieb sie unter 15%. Gemäss der Vox-Analyse war sie von den Männern deutlicher abgelehnt worden als von den Frauen (89% resp. 72%). Die Sympathisanten der SP waren in der Frage hälftig gespalten.

### **Volksinitiative „für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden“ Abstimmung vom 12.3.2000**

Beteiligung: 42,2%  
Ja: 346'313 (18,0%) / 0 Stände  
Nein: 1'580'859 (82,0%) / 20 6/2 Stände

Parolen:

- Ja: SP, GP, PdA, CSP; SGB, CNG, Katholischer Frauenbund.
- Nein: FDP, CVP, SVP, LP, EVP (1\*), FP, SD, EDU, Lega; Economiesuisse (Vorort), SGV.
- Freigabe: Bund Schweiz. Frauenorganisationen.

\* In Klammer Anzahl abweichender Kantonalsektionen<sup>21</sup>

## **Gesetzliche Neuordnung der Expertenkommissionen (BRG 07.071)**

### **Organisation de l'administration fédérale**

OBJET DU CONSEIL FÉDÉRAL  
DATE: 12.12.2006  
HANS HIRTER

Die Bundeskanzlei gab im Dezember einen **Vorentwurf für eine Neugestaltung** der Regeln über die Einsetzung, Wahl und Arbeit der ausserparlamentarischen Kommissionen (so genannte **Expertenkommissionen**) in die Vernehmlassung. Im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) soll die Pflicht verankert werden, diese Kommissionen periodisch auf ihre Notwendigkeit, Aufgaben und Zusammensetzung hin zu überprüfen. Oberstes Ziel der Reform ist eine Straffung des Kommissionswesens und eine verbesserte Transparenz. Der Nationalrat lehnte eine Motion Mörgeli (svp, ZH) (Mo. 05.3515) ab, welche eine jährliche Überprüfung dieser Kommissionen verlangt hatte. Bereits im Frühjahr hatte der Bundesrat bekannt gegeben, dass aufgrund einer ersten Sichtung auf rund jede Dritte der insgesamt 230 Expertenkommissionen verzichtet werden könnte.<sup>22</sup>

OBJET DU CONSEIL FÉDÉRAL  
DATE: 17.12.2007  
HANS HIRTER

Der **Bundesrat legte** dem Parlament **seine Vorschläge für** eine Neugestaltung der Regeln über die Einsetzung, Wahl und Arbeit der ausserparlamentarischen Kommissionen (so genannte **Expertenkommissionen**) vor. Er beantragte insbesondere, im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) festzuhalten, dass der Bundesrat diese Kommissionen alle vier Jahre auf ihre Notwendigkeit, Aufgaben und Zusammensetzung überprüft. Darüber hinaus soll er auch mehr Kompetenzen für eine laufende Anpassung der Kommissionen an sich verändernde Bedürfnisse erhalten. Um dem neuen Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung, aber auch Datenschutzerfordernissen zu genügen, soll die Verpflichtung zur Offenlegung von Kosten, Entschädigungen und Interessenverflechtungen neu im Gesetz verankert werden. Der Ständerat nahm einige kleinere, auch vom Bundesrat nicht bestrittene Änderungen vor und hiess die Vorlage einstimmig gut.<sup>23</sup>

OBJET DU CONSEIL FÉDÉRAL  
DATE: 20.03.2008  
HANS HIRTER

Der **Nationalrat** hiess als Zweitrat die **Neugestaltung der Regeln über** die Einsetzung, Wahl und Arbeit der ausserparlamentarischen Kommissionen (so genannte **Expertenkommissionen**) **gut**. In Abweichung von der kleinen Kammer beschloss er, dass für die Einsetzung von Kommissionen und die Wahl ihrer Mitglieder immer der Gesamtbundesrat zuständig ist und er diese Aufgabe nicht an die Departemente delegieren kann. Damit soll der Bundesrat in seiner Funktion als Führungsorgan gegenüber den einzelnen Departementen gestärkt werden. Der Ständerat übernahm in der Differenzbereinigung diese Version. Ein Antrag der Linken im Nationalrat, anstelle einer „ausgewogenen“ Vertretung der Geschlechter eine Mindestquote von 40 Prozent vorzuschreiben, scheiterte.<sup>24</sup>

## Sensibilisierung der Frauen für politische Fragen

### Femmes et politique de parité

MOTION  
DATE: 20.03.2010  
ANDREA MOSIMANN

Im Berichtsjahr verwarf der Nationalrat eine Motion Maury Pasquier (sp, GE), die eine Kampagne zur **Sensibilisierung der Frauen für politische Fragen** forderte. Ebenfalls abgelehnt wurde eine Motion Kiener Nellen (sp, BE) (Mo. 07.3375), mit der gesetzliche Anpassungen verlangt wurden, um eine angemessene **Vertretung der Geschlechter** bei den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der **eidgenössischen Gerichte** zu gewährleisten.<sup>25</sup>

## Bericht zur Umsetzung der Bundespersonalpolitik (2009 und 2010)

### Personnel de l'administration fédérale

RAPPORT  
DATE: 01.04.2010  
MARC BÜHLMANN

Der Bundesrat nahm den alljährlichen **Personalpolitik-Bericht** zur Kenntnis. Zufrieden zeigte er sich mit dem Anteil an Lehrlingsstellen am Total der Anstellungsverhältnisse. Das Soll nicht ganz erreicht hat der Bund allerdings beim Frauenanteil. Zwar liegt die Frauenquote bei 30 Prozent, allerdings sind **Frauen in Kaderpositionen** nach wie vor massiv untervertreten. Auch die Vertretung der Landessprachen sei noch nicht adäquat.<sup>26</sup>

RAPPORT  
DATE: 23.03.2011  
MARC BÜHLMANN

Der jährliche **Bericht zur Umsetzung der Bundespersonalpolitik** zeigte auf, dass der Frauenanteil in der Bundesverwaltung weiter angestiegen war (total 31.7%). Dies gilt auch für den Bereich der oberen Kader (+2%), wo aber nach wie vor lediglich ein Achtel der Beschäftigten (12%) weiblich war, was im Vergleich zur Privatwirtschaft allerdings als beachtlich betrachtet wurde. Die Sollwerte für die Anteile der Sprachregionen, die von der seit 2010 geltenden Sprachenverordnung festgelegt werden, wurden fast erreicht: Der Anteil an deutschsprachigen Mitarbeitenden betrug 2010 72.1% (Soll: 70%), an französischsprachigen Mitarbeitenden 21.0% (Soll: 22%), an italienischsprachigen Mitarbeitenden 6.6% (Soll: 7%) und an rätoromanischsprachigen Mitarbeitenden 0.3% (Soll: 1%). Der Sollwert für den Anteil Lernender (4%) wurde mit 4.5% übertroffen. Der durchschnittliche Bruttolohn in der Bundesverwaltung (ohne EDA-Lokalpersonal) belief sich 2010 auf 116'285 CHF. Für 2012 wurde zwischen Bund und Gewerkschaften eine Lohnerhöhung um 1.2% ausgehandelt.<sup>27</sup>

# Angemessene Vertretung von Frauen an den eidgenössischen Gerichten (13.482)

## Administration judiciaire

INITIATIVE PARLEMENTAIRE  
DATE: 13.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Unterstützt von Parlamentarierinnen aller Couleur reichte Nationalrätin Kiener Nellen (sp, BE) eine parlamentarische Initiative ein, die eine **angemessene Vertretung von Frauen an den eidgenössischen Gerichten** fordert. Ende 2013 betrug die Frauenquote am Bundesgericht 28.9 Prozent, am Bundesstrafgericht 27.8 Prozent und am Bundesverwaltungsgericht 32.4 Prozent. Diese Untervertretung soll mit geeigneten Mitteln behoben werden. Der Vorstoss wurde im Berichtjahr noch nicht behandelt.<sup>28</sup>

INITIATIVE PARLEMENTAIRE  
DATE: 03.06.2015  
MARC BÜHLMANN

Die 2013 eingereichte parlamentarische Initiative, die eine **angemessene Vertretung von Frauen an den eidgenössischen Gerichten** gefordert hätte, wurde von ihrer Urheberin, Margret Kiener Nellen (sp, BE), zurückgezogen. Die Sozialdemokratin anerkannte, dass sich die Gerichtskommission in dieser Sache in letzter Zeit vermehrt Mühe gegeben habe. Allerdings sei eine repräsentative Vertretung noch nicht erreicht – an den obersten Schweizer Gerichten arbeiten knapp ein Drittel Richterinnen. Weil sie aber in der Kommission zu wenig Unterstützung erhalten habe, ziehe sie den Vorstoss zurück.<sup>29</sup>

# Geschlechterquote von 40% in der Bundesverwaltung (Po.12.3801)

## Personnel de l'administration fédérale

POSTULAT  
DATE: 13.06.2014  
MARC BÜHLMANN

Ein Postulat Yvonne Feri (sp, AG), das einen Bericht über unterstützende Massnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter verlangte, um eine **Geschlechterquote von 40 Prozent in der Bundesverwaltung** zu erreichen, wurde mit 94 (bürgerlichen) zu 73 (links-grünen) Stimmen abgelehnt. Die Ratsmehrheit folgte den Argumenten von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die das Postulat zur Ablehnung empfahl, weil die Forderung ohne den Bereich Verteidigung bereits erfüllt sei. 2013 hätte der Frauenanteil ohne VBS und Grenzwachtkorps 43.3 Prozent betragen. Der Sollwert liege bei 44 bis 48 Prozent. Diese Zahl strebe man auch in Kaderpositionen an, wo der Frauenanteil nach wie vor tiefer sei.<sup>30</sup>

POSTULAT  
DATE: 17.09.2014  
SOPHIE GUIGNARD

Lors de la session d'été le Conseil national a rejeté un postulat de la députée Feri (ps, AG), qui demandait au Conseil fédéral un rapport sur les mesures de soutien en faveur de l'égalité des sexes au sein de l'administration fédérale. La conseillère se base sur le plan d'action du canton de Vaud pour recommander l'institution d'un **quota de femmes** dans l'administration fédérale. Le Conseil fédéral a proposé de rejeter le postulat, arguant que l'égalité des sexes avait été inscrite dans les sept lignes directrices du programme de législation 2011-2015, dans le cadre duquel la plupart des mesures préconisées par la députée Feri étaient étudiées. La conseillère fédérale Eveline Widmer-Schlumpf a ajouté que si l'on exceptait le corps des gardes-frontières ainsi que le DDPS, le pourcentage de femmes dans l'administration fédérale atteignait plus que les 40% visés par Madame Feri. La chambre du peuple a suivi l'avis du Conseil fédéral et rejeté le postulat à 94 voix contre 73.<sup>31</sup>

# Adhésion du DDPS au Business and Professional Women Suisse

## Armée et société

AUTRE  
DATE: 21.01.2021  
DIANE PORCELLANA

Le DDPS a adhéré à l'association **Business and Professional Woman Suisse** et rejoint de ce fait, un réseau de 2'300 membres présents dans plus de 100 pays. L'association vise à «encourager et soutenir les femmes dans les domaines professionnel, culturel, civique et social en faisant du lobbying et en concluant des partenariats dans l'économie, la société et la politique». Les collaboratrices du DDPS pourront donc en profiter.<sup>32</sup>

---

1) AB NR, 1989, S. 1740; AB NR, 1989, S. 803 f.; TA, 12.6. und 13.6.89.

2) AB NR, 1989, S. 1233; AB NR, 1989, S. 1740; TA, 12.6.89.

3) SZ, 18.7.90.

4) Eidg. Kommission für Frauenfragen (1990). Nehmen Sie Platz, Madame – Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz: Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen.; Presse vom 1.6.90; JdG, 6.7.90.

5) BBI, 1990, S. 171 ff.; Presse vom 18.9.90.; SJPW, 30/1990, S. 29 ff.; Verhandl. B. vers., 1990, V, S. 32

6) BBI, 1992, II, S. 715; LNN, 29.2.92; Presse vom 25.1., 16.11. und 18.11.91; WoZ, 22.11.91.

7) BBI, 1992, II, S. 715; BBI, 1992, III, S. 1538; Presse vom 2.3 und 19.6.92.

8) BBI (1990), III, S. 171 ff.

9) TA vom 10.9., 16.11. und 18.11.91 und 11.1.92; NZZ, 3.3.92

10) AB NR, 1991, S. 2290; BBI, 1991, I, S. 1151; NZZ, 18.1., 22.3. und 11.5.91.; Verhandl. B. vers., 1991, VI, S. 26; Verhandl. B. vers., 1991, VI, S. 29; Verhandl. B. vers., 1991, VI, S. 53

11) AB NR, 1992, S. 151 ff.; AB NR, 1992, S. 158 ff.; AB NR, 1992, S. 160 ff.

12) AB NR, 1992, S. 151 ff.; AB NR, 1992, S. 158 ff.; AB NR, 1992, S. 160 ff.

13) BBI, 1993, III, S. 401 ff.; BaZ, 5.3.93; Presse vom 11.9.93.

14) BBI, 1995, III, S. 112 f.

15) BBI, 1995, III, p. 112 f.; Presse vom 23.3.95; 24 Heures, 20.12.95.

16) AB NR, 1997, S. 1529 f.; BBI, 1997, III, S. 537 ff.; NZZ, 23.1.97.

17) AB NR, 1997, S. 537 ff.; Presse vom 18.3. und 23.8.97; TA, 4.3.97; Ww, 3.4.97.

18) BBI, 1998, S. 4759 ff.; BBI, 1998, S. 4769 ff.

19) Amtl. Bull. NR, 1998, S. 1805 ff.; Amtl. Bull. StR, 1998, S. 1186 ff.

20) Amtl. Bull. NR, 1999, S. 714 ff., 1399 f. und 1819 f.; Amtl. Bull. StR, 1999, S. 475 ff., 479 ff. und 597; BBI, 1999, S. 5039 f.; BBI, 1999, S. 3113 ff.; Amtl. Bull. NR, 1999, S. 180 f. (Verzicht auf Listenquoten für 1999).

21) BBI, 2000, S. 2992 ff.; Presse vom 13.3.00; Milic, Thomas e.a., Vox. Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000, Zürich 2000.; Presse vom 1.2.-11.3.00.

22) AB NR, 2006, S. 585 f.; BBI, 2006, S. 9555; NZZ, 4.5. und 14.8.06

23) AB SR, 2007, S. 1115 ff.; BBI, 2007, S. 6641 ff.

24) AB NR, 2008, S. 20 ff.; AB NR, 2008, S. 486; AB SR, 2008, S. 209; AB SR, 2008, S. 78 f.; BBI, 2008, S. 2303 ff.; BBI, 2008, S. 3345 ff.

25) AB NR, 2009, S. 1020; AB NR, 2009, S. 570 f.

26) BZ, 1.4.10.

27) Medienmitteilung Bundesrat vom 23.3.11; Presse vom 24.3.11; BZ, 20.10.11; Presse vom 12.11.11.

28) NZZS, 8.12.13.

29) AB NR, 2015, S. 868

30) AB NR, 2014, S. 1080 f.; Po. 12.3801

31) AB NR, 2014, S. 180 f.

32) Communiqué de presse du DDPS du 21.1.21